

# Parteien zur Wahl

„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dreizehn Fragen beantwortet.

Gefragt haben die *Nachrichten aus der Chemie*, das *Physik Journal* und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.



## **Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?**

Den Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam zu begegnen, hängt in entscheidendem Maß auch davon ab, wie gut es Staat und Wirtschaft gelingt, einerseits geeignete Bedingungen für einen schnellen und effizienten Transfer von Forschungs- und Entwicklungsleistungen in innovative und marktgerechte Produkte zu schaffen und andererseits die Zukunftsfähigkeit forschender Unternehmen durch Stärkung ihrer Investitionskraft zu sichern. Hierbei spielen für die FDP der Ausbau des Wissens- und Technologietransfers, der Forschungsprämie und die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung eine besondere Rolle. Darüber hinaus müssen Instrumente für eine effektive Validierungsforschung entwickelt werden, die herausragende Forschungsergebnisse schnell identifizieren und auf ihre Verwendbarkeit für nachfolgende Entwicklungen überprüfen.

## **Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu und welche bestehenden stellen Sie auf den Prüfstand?**

Gesundheit, Energie, Mobilität und Infrastruktur sind zu Kernthemen einer künftigen Innovationspolitik zu machen. Generell gehören alle von der öffentlichen Hand geförderten Forschungsprogramme regelmäßig auf den Prüfstand. Ein solches Vorgehen erlaubt ein frühzeitiges Erkennen von Fehlern in der Programmstruktur und schafft Möglichkeiten für ein Nachjustieren. Es müssen aber auch jene Projekte der öffentlichen Projektförderung auf den Prüfstand gestellt werden, die nachweislich von den forschenden Unternehmen und Forschungsverbänden schlecht nachgefragt werden.

## **Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von 3% des BIP?**

Das Ziel der jetzigen Bundesregierung, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung zu verwenden wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreicht. Deutschland ist ein hoch industrialisiertes Land und verfügt über erhebliche FuE- und Innovationspotenziale. Die deutsche Wirtschaft hat ihre FuE-Ausgaben in den letzten zehn Jahren deutlich gesteigert. Betrug ihr Anteil am BIP im Jahr 1997 noch 1,51 Prozent, so stieg er 2007 auf 1,77 Prozent an. Die staatlichen Förderungen für Forschung und Entwicklung in den Unternehmen ist rückläufig. Der Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft ist von 16,9 Prozent im Jahr 1981 auf 4,5 Prozent im Jahr 2006 gefallen. Er liegt damit deutlich niedriger als bei der Mehrheit der OECD-Staaten. Insgesamt stagniert der Anteil des Staates an der FuE-Förderung seit Jahren und liegt konstant bei rund 0,7 Prozent vom BIP. Mit der Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung für alle in Deutschland forschenden Unternehmen will die FDP noch im Jahr 2010 den entscheidenden Schritt hin zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels wagen.

## **Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?**

Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform will die FDP das deutsche Steuerrecht innovations- und forschungsfreundlich ausgestalten und somit den Standortnachteil Deutschlands im europäischen Vergleich beseitigen. Wir wollen eine einfache und unbürokratische steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung als Instrument einer indirekten Förderung neben der direkten (Projekt-) Förderung einführen. Dabei sollen bei der Definition der Bemessungsgrundlage für die Förderung sämtliche FuE-Aufwendungen (Personal- und Sachaufwendungen sowie Aufwendungen für FuE-Auftragsforschung), die das steuerpflichtige Unternehmen auf eigenes Risiko tätigt, berücksichtigt werden. Zur Vermeidung von Doppelförderungen sollen bestehende FuE-Zuwendungen des Bundes, bundesnaher Einrichtungen und der Länder vorweg berücksichtigt werden.

## **Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?**

Die FDP engagiert sich seit Jahren für einen wirksamen Klimaschutz auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Wir begrüßen die Beschlüsse des Europäischen Rates, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt. Erforderlich ist in der Tat eine Senkung um 30 Prozent in der EU bis 2020. Hierzu soll auch Deutschland im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung seinen Anteil erbringen. Angesichts eines Anteils der EU von 16 Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen helfen Insellösungen aber nicht, wenn sie ausschließlich zu

Produktionsverlagerungen führen. Wir brauchen einen Entwicklungspfad für 2050 mit einer Reduzierung um 60 bis 80 Prozent in den Industrieländern. Einen darüber hinausreichendes, sich gegenseitiges Überbieten bei Minderungsquoten als politische Zielvorgaben hält die FDP für nicht sachdienlich. Ein wirksamer Klimaschutz braucht nicht immer ehrgeizigere Quoten, sondern entschlossenes Handeln. Dabei gilt für die FDP, dass die Effizienz jeder Maßnahme zur CO<sub>2</sub>-Reduktion über ihre Einführung entscheiden soll, nicht hingegen ihr Symbolwert: Wir wollen Treibhausgase so kostengünstig wie möglich vermeiden. Die FDP fordert von der Europäischen Union, sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens einzusetzen. Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Daneben müssen die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten ausreichende finanzielle Mittel für einen Technologiefonds, einen Anpassungsfonds und für die Finanzierung von Aufforstungsprojekten in den Tropen bereitstellen. Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbare klimatische Veränderungen wie Deichbau, Küsten- und Hochwasserschutz gehören auf die Prioritätenliste europäischer Klimapolitik.

Den Klimawandel und die Reduzierung von selbst produzierten Treibhausgasen werden wir nur mit einer konsequenten Klima- und Energieforschungspolitik begegnen können.

### **Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?**

Die Zukunft Deutschlands als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa, als Technologieführer und seiner Wohlstandsgesellschaft hängt im hohen Maße auch von einer Neuausrichtung der Energie- und Energieforschungspolitik ab.

Die Forschung und Entwicklung muss, auf die Energieversorgung, auf Höchsttechnologien der Erzeugung sowie der Energieübertragung und der Energiespeicherung ausgerichtet werden. Dabei müssen alle möglichen Energietechnologien, die zu einer deutlichen Verringerung der energiebedingten Umwelt- und Klimabelastung beitragen, uneingeschränkt gefördert werden. Es muss dabei eine Optionenvielfalt erhalten werden, die es jederzeit ermöglicht, auf geänderte Bedingungen schnell reagieren zu können.

Forschungsfelder wie Forschung für Erneuerbare Energien, die Speicherung fluktuierender Energien sowie intelligente Stromnetze und Infrastrukturen, die den Energietransport- und Energieverteilungsnetze für die direkte Nutzung Erneuerbarer Energien (u. a. für „Elektromobilität“) ertüchtigen, sind zu verstärken. Weiterhin sind die Langfristforschungen zur Kernfusion und aller damit zusammenhängenden Fragen voranzutreiben, bis die Großexperimente auf nationaler Ebene (u. a. Wendelstein 7X) und auf europäischer Ebene (ITER) abgeschlossen sind. Die kerntechnische Sicherheits- und Endlagerforschung ist auf hohem Niveau weiterzuführen und die Einbindung deutscher Forschergruppen in die internationale Kernenergieforschung (z. B. in das Projekt Generation 4) zu ermöglichen. Künftig ist dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Wissenschaftler ungehindert an allen Projekten der EU-Forschungsrahmenprogrammen und EURATOM teilnehmen können. Mit einer „Initiative Energieforschung 2020“ sollen die Hochschulforschung und die FuE-Innovationsallianzen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gestärkt und zusätzliche Anstrengungen zur Nachwuchsgewinnung sowie zur Nachwuchsförderung und Ingenieurausbildung unternommen werden.

Wir brauchen eine nationale Energieforschungsoffensive auf der Grundlage eines energiepolitischen Gesamtkonzepts und einem darauf basierenden Energieforschungsprogramm. Die Energieforschung ist als ein strategisches Instrument für eine zukunftsweisende deutsche Forschungs-, Wirtschafts- und Energiepolitik zu verstehen. Die politische Gesamtverantwortung hierfür muss in Zukunft wieder in eine Hand gelegt werden. Nur so kann gleichzeitig für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der institutionellen Forschung, der Forschungsprogramme und Forschungsprojekte sowie für geeignete Rahmenbedingungen für die Forschungsanstrengungen der Wirtschaft gesorgt werden.

### **Welche Rolle soll die Kernenergie spielen?**

Wollen wir die stabile Energieversorgung und unseren Lebensstandard halten und dabei zugleich die Klimaschutzziele erreichen, brauchen wir alle Energieoptionen, und so auch die Kernkraft auf längere Zeit. Hierzu müssen die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland solange verlängert werden bis Erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen oder eine Nutzung von Technologien zur CO<sub>2</sub>-armen Kohleverstromung im großtechnischen Maßstab beginnen kann. Hierfür sind die im Atomgesetz festgeschriebenen Abschaltkriterien auszusetzen. Parallel zum Weiterbetrieb der laufenden Kernkraftwerke sind Erneuerbare Energien und andere geeignete Klimaschutztechnologien mit aller Entschlossenheit weiter auszubauen.

### **Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern?**

Die FDP tritt für Freiheit in der Forschung ein und erteilt jedem Versuch ideologisch motivierter Einflussnahme eine entschiedene Absage. Die FDP sieht in Forschung, Entwicklung und Anwendung der Biotechnologie eine große Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Noch fehlt eine in sich geschlossene Strategie für die „rote“, „grüne“, „weiße“ und zunehmend auch „blaue“ Biotechnologie für eine bessere medizinische Versorgung, gesunde landwirtschaftliche Produkte, Ressourcen schonende und umweltverträgliche Produktionsprozesse und Medikamente und Wirkstoffe.

Wirkliche Durchbrüche sind z. B. in der Medizin im Kampf gegen schwerwiegende Erkrankungen nur durch neue Erkenntnisse über komplexe Wirkmechanismen in den Organen und ihren Zellstrukturen möglich. Ohne sie werden Therapien für hunderttausende schwerkranker Menschen nicht möglich sein. Ein wichtiger Forschungsansatz ist die breit angelegte Forschung an humanen embryonalen Stammzellen. Doch das ist in Deutschland nach den Maximen des Stammzellimportgesetzes und des Embryonenschutzgesetzes nur sehr eingeschränkt möglich. Deshalb fordert die FDP die Streichung des Stichtages im Stammzellimportgesetz. Die Forschung an fetalen und adulten Stammzellen, Stammzellen aus Nabelschnurblut, sowie eingeschränkt auch an embryonalen Stammzellen, ist unter strengen Auflagen, zu intensivieren.

#### **Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?**

Der Bund bringt sich derzeit im Rahmen unterschiedlicher Wissenschafts- und Forschungsprogramme zugunsten von Hochschulen ein und trägt auf diese Weise zu einer Stärkung der Einrichtungen bei. Im Zuge der von uns beabsichtigten Steigerung der Investitionen in Bildung und Forschung auf 10 Prozent des BIP wird sich dieses Engagement noch verstärken. Die FDP lehnt eine stärkere Reglementierung der Hochschulen über Bundes- oder Landesgesetzgebung ab. Vielmehr beabsichtigen wir die Hochschulautonomie zu stärken und staatliche Interventionen auf ein notwendiges Maß zu beschränken.

#### **Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?**

Die FDP setzt sich für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ein, das insgesamt die Leistungsfähigkeit und Flexibilität sowie die internationale Wahrnehmbarkeit des deutschen Wissenschaftssystems erhöht. Damit dies gelingen kann, ist die Eigenverantwortung der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftseinrichtungen hervorzuheben und der Entscheidungsspielraum der betroffenen Akteure auszuweiten. Hierfür müssen Bund und Länder ihre jeweiligen Verantwortungen konsequent wahrnehmen und durch gemeinsame Anstrengungen eine grundlegende qualitative und quantitative Stärkung des Wissenschaftssystems herbeiführen.

Es reicht nicht aus, nur finanzielle Anreize zu setzen. Wir müssen das rechtliche Korsett aufschnüren, das die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses einengt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland müssen attraktiv, forschungsfreundlich und international konkurrenzfähig ausgestaltet werden. Es bedarf eines mutigen Schritts, hin zu einem bundesweiten Wissenschaftsfreiheitsgesetz, das einen gemeinsamen Handlungsrahmen beschreibt, bestehende Hemmnisse beseitigt und die Handlungsspielräume des Wissenschaftssystems ausweitet.

Die FDP setzt sich für die Einführung eines eigenständigen Wissenschaftstarifvertrags ein. Durch einen Wissenschaftstarifvertrag werden die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für den wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen. Das deutsche Wissenschaftssystem steht mit den führenden Wissenschaftseinrichtungen und der Wirtschaft in einem weltweiten Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Dieser globale Konkurrenzkampf wird sich in Zukunft noch weiter verschärfen. Um hier erfolgreich bestehen zu können, müssen die Forschungseinrichtungen exzellenten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen attraktivere Vergütungskonditionen anbieten.

In Deutschland ausgebildete exzellente ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssen zukünftig unbürokratisch eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten. Auch für die Familie und die Lebenspartner sind adäquate Chancen zu ermöglichen. Für Hochqualifizierte darf es keine ausländerrechtlichen bürokratischen Hürden geben. Schließlich ist der Ausbau familienfördernder Infrastruktur an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie von familienunterstützenden Unterstützungsangebote und Arbeitsbedingungen ist im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. Auf diese Weise kann es gelingen, hochqualifizierte Personen für die Wissenschaft zu gewinnen und im System zu halten.

#### **Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?**

Die FDP spricht sich für die Aufstockung der Finanzmittel für die Hochschulen bei langfristiger finanzieller Planungssicherheit aus. Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Hochschulpakt II haben wir einen Kostenansatz (Pauschale: Platz / Semester) gefordert, der „um mindestens 25 Prozent“ über dem derzeitigen Niveau liegt. Bislang haben sich CDU und SPD dagegen verwehrt. Zudem fordern wir die Entwicklung eines auf Nachfrageorientierung basierenden (gesamstaatlichen) Systems der Hochschulfinanzierung per Gutscheinformodell, um einen fairen Wettbewerb der Hochschulstandorte sowie eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschullehre zu gewährleisten.

#### **Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?**

Um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland in seiner Attraktivität weiter zu steigern, müssen mehrer Faktoren berücksichtigt werden. Zunächst gilt es die deutschen Vergütungsstrukturen so anzupassen, dass sie den Anforderungen der gesteigerten Mobilität gerecht werden und dem internationalen Vergleich standhalten. Zudem sind unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gehalten, ihre Anstrengungen mit Blick auf internationale Kooperationsvorhaben beizubehalten bzw. weiter auszubauen. Schließlich müssen wir

junge Nachwuchswissenschaftler in ihrem Wunsch bestärken und unterstützen, sich im internationalen Raum weiter zu qualifizieren und ihnen im Anschluss Anreize zu bieten, wieder nach Deutschland zurückzukehren. Allerdings ist ebenso dafür Sorge zu tragen, dass die internationalen High-Potentials für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewonnen werden und langfristig eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten.

**Welche Anreize planen Sie für private Stiftungen?**

Mit den Reformen des Stiftungssteuerrechts und des Stiftungsprivatrechts hat der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren bereits einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Stiftungsrechts geleistet. Die im Zuge der Reform des Stiftungsprivatrechts an die Stelle der bis dahin erforderlichen behördlichen Genehmigung getretene behördliche Anerkennung hat ebenfalls eine gewisse Erleichterung gebracht. Als Verwaltungsakt bleibt sie aber ihrem Wesen nach ein Fremdkörper, der zu der Stiftung als Institut des Zivilrechts nicht so recht passt. Erstrebenswert bleibt daher die vollständige Privatisierung des Stiftungsgeschäfts mit der Maßgabe, dass für die Errichtung einer Stiftung die Eintragung in das Stiftungsregister ausreicht. Liegen die stiftungsrechtlichen Voraussetzungen vor, besteht ein Anspruch auf Eintragung ("Recht auf Stiftung"). Darüber hinaus wird es darum gehen, zur weiteren Belebung der Stiftungslandschaft die gesetzlichen Rahmenbedingungen, wo immer möglich, zu vereinfachen und von unnötigem bürokratischen Ballast zu befreien.